



**Projektland: Israel
Palästinensische
Gebiete**

**Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010**

Schlagzeilen:

- Die israelische-palästinensischen Gespräche sind eingeschlafen
- Die israelische Gesellschaft ist nationalistischer geworden
- Am Beispiel der Stadt Sderot wird deutlich, dass die Lage instabil bleibt

Kaum begonnen sind die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern auch schon wieder eingeschlafen. Das hat im Nahen Osten kaum jemanden überrascht und bestimmt niemanden erschüttert. Denn von Anfang an wurden nicht all zu große Hoffnungen auf die Folgen der Washingtoner Eröffnungsveranstaltung gesetzt; zu oft schon sind solche Hoffnungen enttäuscht worden. Und es besteht auch kein spürbarer Druck, weder aus der jeweiligen Gesellschaft der Konfliktparteien heraus noch von Partnern aus Drittländern, zu einer baldigen Lösung des Konfliktes zu kommen.

Von der Friedenssehnsucht der 90er Jahre ist wenig geblieben. Die damals tragende Linke im politischen System Israels ist dramatisch geschrumpft. Die israelische Regierung kann auf eine breite und wohl auch dauerhafte Unterstützung in der Gesellschaft bauen, wenn sie etwa den Siedlungsbau nicht stoppt, obwohl dies international als ein Haupthindernis im Friedensprozess angesehen wird (ob zu Recht, sei einmal dahingestellt).

Das „Israel Democracy Institute“ hat in seinem diesjährigen „Democracy Index Survey“ Umfragezahlen veröffentlicht, die sich durchaus als ein Indiz für einen zunehmenden Nationalismus in der israelischen Gesellschaft interpretieren lassen. Von den befragten jüdischen Israelis meinen fast zwei Drittel (62 %), dass das Wahlrecht im Staat von einem Bekenntnis (vorgeschlagen ist etwa ein öffentlich abgelegter Eid) zum demokratischen, jüdischen und zionistischen Charakter des Staates abhängig gemacht werden solle. Wichtige politische Entscheidungen sollten nur von der jüdischen Bevölkerungsmehrheit getroffen werden, meinen 86 % und mehr als die Hälfte hält den Staat Israel für berechtigt, Araber zur Auswanderung zu ermuntern. Dazu passt, dass es die meisten in Ordnung finden, dass der Staat jüdischen Gemeinden mehr Zuwendungen gewährt als arabischen in Israel. Zwar ist ebenfalls eine Mehrheit eher unzufrieden, wie ihr Wählerstimme dann von den Politikern umgesetzt wird, gleichwohl aber dürfte die Grundstimmung bei den Wählern durchaus mit den Entscheidungen der Regierung übereinstimmen.

Vor die Alternative gestellt, ob Israel „jüdisch oder demokratisch“ sein müsse, antwortet etwa die Hälfte der jüdischen Befragten, dass beides gleich wichtig sei. Von denen, die zwischen

den Alternativen eine Wahl treffen, entscheiden sich 17 % für „demokratisch“, aber fast doppelt so viel (32 %) für „jüdisch“.

Um zu verstehen, dass dies keine unsinnige Scheinalternative ist, ist folgender Hintergrund wichtig: Wenn Israel und die palästinensischen Gebiete zusammen gesehen werden, dann entsteht aufgrund der höheren Nettofortpflanzungsrate der arabischen Bevölkerung in nicht allzu ferner Zukunft ein demografischer Druck auf die jüdische Mehrheit, auch in Israel für sich alleine genommen. Der Staat Israel könnte dann eine wahlberechtigte arabische Mehrheit haben, die, wenn sie einheitlich agierte, den Charakter des Staates mittelfristig verändern könnte. Da sind zwar eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen, die keineswegs sicher eintreten, dennoch dient das Szenario gerne als Begründung, dass eine Trennung der Bevölkerungen sinnvoll ist. Die Idee von „Zwei Völkern in zwei Staaten“ ist ein logisches (aber nicht zwingendes) Ergebnis dieser Denkweise. Andernfalls könnte Israel in der Tat vor der Alternative stehen, entweder einer Mehrheit die Gestaltung und damit auch Umgestaltung zu überlassen oder das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung zumindest bei Wahlen drastisch einzuschränken.

Während die israelische Gesellschaft (und die palästinensische nicht minder) sich auf eine Sicherung der derzeitigen einigermaßen erträglichen Verhältnisse einzurichten scheint, leidet die kleine Stadt Sderot, direkt am Gazastreifen weiter, ohne dass die nationale oder gar internationale Presse dies registriert hat. Nach einem Bericht des HSS-Partners „GVANIM-Association“ wurden allein im November 2010 vom Gazastreifen aus 33 Raketen auf die 20.000-Einwohnerstadt abgefeuert, im Dezember waren es bereits 49. Dabei ist unklar, ob die im Gazastreifen herrschende Hamas diese Terrorakte selbst organisiert oder ob sie die Situation nicht mehr kontrollieren kann. Das ist nach Meinung vieler Beobachter wahrscheinlicher; wenn dies zutrifft, ist die Situation noch instabiler als bislang angenommen.

Der heftig eskalierende Raketenbeschuss war Ende 2008 der Anlass für den Einmarsch der israelischen Armee (Operation Cast Lead) mit den vielen Toten auf beiden Seiten.

Auch wenn derzeit die Lage stabil zu sein scheint, eine Lösung ist deren Beibehaltung sicher nicht, zumal wie in Sderot zu spüren ist, von Stabilität nicht wirklich gesprochen werden kann.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: DR. RUDOLF SUSSMANN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: grundsatzreferat@hss.de – HOMEPAGE: www.hss.de
ERSTELLT AM: 10.01.2010